

Ist „freier Wille“ nur eine Fata Morgana?

Wie gehen Politik und Wirtschaft mit dem Willen der Menschen um?

Immer wieder werden wir damit konfrontiert, dass in unserem täglichen Leben unser Wille gefragt ist, im Besonderen der freie Wille. Ohne nachzudenken wird man „Ja“ sagen, dass alles dem freien Willen entspringt, was man tut oder für was man sich entscheidet, denn man ist doch Mitglied in einer demokratischen Gesellschaft, in der der freie Wille doch als hohes Gut angesehen wird.

Egal ob man als gewissenhafter Bürger zu einer Wahl geht, oder als Erziehungsberechtigter nach dem Elternwillen bei der Auswahl der richtigen Schule für sein Kind gefragt wird, oder sich im Geschäft z.B. ein Paar Schuhe kauft, stets meint man, dass alles auf Basis des freien Willens passiert. Aber hat man denn wirklich immer einen eigenen freien Willen?

Die vielfältigen Facetten des Willens

Wenn wir darüber nachdenken bemerken wir, dass der Willen sehr vielfältig ist. Da ertappen wir uns, dass wir gerne immer das größte Stück vom Kuchen haben wollen. Wir erkennen, dass wer einen eisernen Willen hat, Dinge zu leisten bereit ist und in der Lage ist, wovon man vorher nicht zu träumen gewagt hätte. Wir sprechen dabei auch von Willenskraft oder Willensstärke. **Mahatma Gandhi** formulierte es so: „Stärke wächst nicht aus körperlicher Kraft, vielmehr aus unbeugsamen Willen“. Wir rufen „um Himmelswillen“ oder „um Gotteswillen“, wenn etwas aus dem Ruder zu laufen droht. „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden“ beten alle Menschen christlichen Glaubens im „Vaterunser“ und ordnen ihren Willen freiwillig unter. Wir sind guten Willens, wenn uns etwas Erstrebenswertes abverlangt wird. Um des Friedens Wille beenden wir unselige Streitereien. Ebenso haben wir gelernt, unseren Willen unter Kontrolle zu halten, in dem man abwägt, ist es besser auf einmal Alles zu wollen, oder macht es sich besser, wenn man seinen Willen „portionsweise“ durchsetzt. Die Akzeptanz in der Gesellschaft ist Denjenigen eher gewiss, die bereitwillig auf das größere Stückchen Kuchen verzichten. Zu Willen sein oder will fähig ist, wer sich dem Willen Anderer beugt und widerwillig befolgt man Anordnungen, die man willentlich nicht mag. Egoistisch handelt, wer nur seinen eigenen Willen gelten lässt. Analog dem demokratischen Prinzip, dass die Freiheit des Einen nur so weit gehen darf, wie die Freiheit des Anderen nicht eingeschränkt wird, so sollte auch der freie Wille des Einen dort seine Grenzen finden, wo letztlich der freie Wille des Anderen massiv behindert wird. Manchmal ärgern wir uns auch über eigenwillige Kinder.

Wird Jemandes Wille gebrochen, so sprechen wir von einem willkürlichen grausamen tyrannischen Akt. Wenn zwei oder mehrere Menschen sich auf eine bestimmte Sache einigen, geben sie eine Willenserklärung ab. Schließlich erklärt man seinen letzten Willen. Um derentwillen, die uns Nachfolgen, hoffen wir, dass sie niemals ohne freien Willen sein mögen.

Was ist freier Wille?

Wir erkennen, dass wir im Wesentlichen immer nur das wollen, was andere schon haben oder wir tun wollen, was andere schon einmal getan haben. Etwas ganz Neues, noch nicht da Gewesenes zu wollen, setzt abstraktes Denken voraus und das haben die wenigsten Menschen.

Jede willentliche persönliche Entscheidung fällt in der Regel auf Grund, dass man etwas bereits kennt, oder man meint es zu kennen und man sich sicher ist, dieses frei zu wollen.

Der Wille entsteht nur im Kopf der Menschen. Er ist nicht von feststofflicher Art. Man kann ihn zwar spüren, aber nicht sehen oder anfassen oder riechen.

Wille ist Ausdruck von Bewusstsein. Wir Menschen sind es, die mit unserer Bewusstseinsausrichtung Schicksale und die ganze Welt formen könnten. Deshalb ist freier Wille auch direkt mit Verantwortung verbunden. Er ist auch nicht unbegrenzt oder unabhängig, sondern beruht auf der Freiheit zu entscheiden inwieweit wir die Verantwortung zum Nutzen von uns selbst oder der übrigen Menschheit übernehmen wollen oder nicht.

Übrigens, die reinste Form des freien Willens ist die Liebe.

Wenn der Wille eine so dominierende Rolle im Leben der Menschen spielt, so brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn von außen her ständig Einfluss auf diesen Wille genommen wird. Besonders von politischen, auch religiösen und wirtschaftlichen Machteliten wird der Wille des Einzelnen stets sehr kritisch beäugt.

Um der Macht willen wird ständig versucht den Wille des Einzelnen oder auch der Masse umzuleiten und zu manipulieren oder, nach dem Willen der Massen wird erst gar nicht gefragt. Der freie Wille, nur in einer Demokratie kann er ausgelebt werden, wird zunehmend zur Disposition gestellt.

Eigentlich schon von Geburt an, sogar schon davor, werden wir manipuliert, wird über uns entschieden. Wir übernehmen von Kindesbeinen an von unseren Vorfahren deren Gedankengut. Dieses ist geprägt durch Abstammung und Milieu.

Später dann, ohne dass man es persönlich merkt, gerät man in Gefahr in Fallen zu tappen, die von außen stehenden Manipulateuren errichtet werden zur Beeinflussung des Willens. Dabei sind besonders die Menschen in der Masse sehr empfänglich für Willensmanipulationen durch Machteliten.

Liegt nicht schon in einer simplen Erzählung eine Beeinflussung darüber vor, dass ein einstmaliger junger Einwanderer es in Amerika geschafft hatte vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen? Liegt da nicht eine Manipulation drin, dadurch dass suggeriert wird, nur wer bereit ist, ganz unten anfangen zu wollen, nur der hat die Möglichkeit etwas Großes zu werden? Wie viele Menschen fangen willentlich so beeinflusst ganz unten an, strampeln sich ab und - bleiben unten?

Dazu gehört auch, wir lassen uns dazu verleiten nach freiem Willen ein Ehegelöbnis abzugeben, was in eine total unbekannte Zukunft gerichtet ist. Schon **Arthur Schopenhauer** meinte; „Der Mensch kann wohl tun was er will, aber er kann nicht wollen, was er will“.

Was treibt die Menschen an, in diesem speziellen Falle, etwas zu wollen und das noch dazu mit „vollem Herzen“, wozu sie überhaupt nicht in der Lage sind ab zu schätzen, wie sich die Sache für sie persönlich einmal entwickeln wird?

In diesem Falle dürfen wir davon ausgehen, dass es etwas menschliches, die Liebe ist. Der Volksmund spricht nicht umsonst davon, „dass Liebe blind macht“.

Dennoch eine Ehe kann gut und lange funktionieren, wenn Wille und zu willen sein (damit ist nicht nur die sexuelle Seite gemeint) der Ehepartner beim Miteinander in etwa im Gleichgewicht sind.

Tun wir aber etwas, was uns unbekannt ist, dadurch, dass wir wie auch immer dazu überredet (manipuliert) werden, dann ist es nicht mehr unser freier Wille. So ein sich überreden lassen kann allerdings auch nur ideell sein, in dem wir erwarten, dass wir durch unsere Überwindung etwas unbekanntes zu tun, durch die Erbringung einer (pseudo-freiwilligen) Leistung, eine Gegenleistung zu erhalten, die man gern haben möchte, z.B. Ehre, Ansehen, Ruhm usw. Nur welchen Rang haben vorgenannte Attribute gegenüber solchen fragwürdigen, willentlichen Leistungen?

Wir merken also, das mit dem freien Willen – es ist nicht so einfach, wie man es sich denkt.

Von fremd bestimmter Wille

Wenn wir dem Willen allgemein bildlich betrachtet einer bestimmten Strecke zuordnen, dann erkennen wir mit scharfen Blick, dass dem eigentlichen freien Willen nur ein ganz kleiner Spalt auf dieser Strecke zur Verfügung steht. Der Spalt ist umso größer als die Menschen in einer freien demokratischen Gesellschaft leben, der Spalt wird immer schmaler, je mehr die Gesellschaft hin zu einer Diktatur geführt wird. Je mehr Gesetze und Verordnungen die Freiheit der Menschen einschränken, desto mehr wird der freie Wille unterdrückt und so neigt sich auch eine Demokratie hin zur Diktatur.

Politik und Wirtschaft, die am Meisten versuchen von außen Einfluss auf die Gesellschaft, auf die Menschen und deren Willen zu nehmen, haben mittlerweile ganze Industriezweige errichtet, um Methoden zu entwickeln, wie der Wille der politischen Machteliten und privaten Wirtschaftseliten dem normalen Bürger schmackhaft gemacht werden kann.

Die so Manipulierten erliegen dazu noch dem Wahn, dass es ihr eigener Wille sei, dem sie gehorchen. Verlockungen und Lügen sind dabei gängige Mittel der fremden Einflussnahme.

Jean-Claude Juncker, der EU-Oberste; hat es mehrfach so formuliert: „Wenn für die Politik etwas wichtig wird, dann muss man als Politiker auch lügen“.

Dabei werden bestimmte Lenkungs-Vokabeln oder „Trigger-Worte“ benutzt. In der Politik z.B. ist ein solches Wort: „Demokratie“ oder „Rechtspopulismus“ häufig auch „Gleichheit“. In diese Begriffe werden zusätzlich ganz nebulös bestimmte Werte hinein impliziert, welche eigentlich mit der Sache gar nichts zu tun haben. Das nennt man auch Partei- oder politische Propaganda.

In der Wirtschaft sind solche Lenkungs-Vokabeln z.B. Umweltschutz, Bio, oder Mehrwert usw. Die Wirtschaft und besonders der Handel überbieten sich mit Verlockungen, um den Konsumenten bestimmte Waren oder Dienstleistungen schmackhaft zu machen. Das geht von der Präsentation der Waren in den verschiedensten Medien los, über immer größere Einkaufspaläste, die billig hergestellte Waren als einen gewissen Luxus suggerieren. Darüber hinaus werden die Waren besonders aggressiv angeboten. Das nennt man dann Werbung oder Marketing.

Der einzelnen Person bleibt bei einem Konsumbedarf nur der Wille etwas zu wollen. Was er letztlich nach Hause trägt, dafür mussten viele Fallstricke umgangen werden, ohne endgültig zu wissen, ob man sie alle erkannt hat.

Als Beispiel für die Politik können wir aktuell das Bestreben der Landesregierung betrachten, die bei Kommunalwahlen wieder eine Prozent-Hürde einbauen will. „Um die Demokratie zu schützen“, so wird argumentiert, „sollen demnächst nur noch

Parteien in die Stadträte einziehen, die drei Prozent der Wählerstimmen errungen haben, sonst würden dem Trend folgend die Stadträte zu sehr zersplittert“.

Man muss sich das einmal bildlich vorstellen: „Wir schützen die Demokratie, indem wir die Freiheit, den freien Willen der Menschen, einen der wesentlichsten Aspekte der Demokratie, rigoros einschränken“.

Kein Gedanke daran, dass die „Altparteien“ selber daran schuld sein könnten, dass sich die Wähler willentlich von ihnen abwenden, auf Grund ihrer konfuse Politik. Wir dürfen noch gespannt sein, mit welchen Argumenten in Kürze die Landesregierung diesbezüglich den Wähler Sand in die Augen streut, den Willen manipuliert, um ein entsprechendes Gesetz zu formulieren, um den Machtansprüchen der Altparteien uneingeschränkt Rechnung zu tragen.

Als Menschen tun wir gut daran den Verführungen zu widerstehen und möglichst und weitestgehend Herr über unseren Willen zu bleiben.

Nur der Wille eines Einzelnen zählt nichts, wenn er entgegengesetzt einem Massenwillen ist. Der Massenwille wird vom Zeitgeist transportiert. Da spielt es keine Rolle, ob es zum Guten oder zum Schlechten für die Menschen ausgeht.

Deshalb beachten wir noch, es gibt eine Steigerung mit der Fremdbestimmung des Willens.

Willenlos

Die Verführer aus Politik und Wirtschaft wenden alle möglichen Tricks an, die ausschließlich zu ihrem Nutzen und Vorteil bestimmt sind. Ganze Arbeit haben sie geleistet, wenn sie es geschafft haben, einen Einzelnen oder eine Masse Menschen förmlich willenlos gemacht zu haben. Zum Beispiel wenn eine Masse Menschen ohne nachzudenken einem Zeitgeist (auf Neudeutsch – Mainstream) folgt, wodurch ihnen letztlich ihre Freiheit geraubt wird, rein zum Nutzen der Verführer.

Ein Synonym für eine willenlose Masse ist eine Herde Schafe. Der Hirte, als Herr über die Herde ist stets in der Lage seinen Willen uneingeschränkt durchzusetzen. Als Führer gibt er die Richtung vor in der die Herde zieht. Er gibt das Tempo an in der sich die Herde fortbewegt. Er entscheidet darüber ob die Herde eine Ruhepause zur Nahrungsaufnahme hat. Willenlos folgt die Herde in dem sie sich selbst aufgibt, dabei aber der Meinung unterliegt frei und glücklich zu sein, da ihre Leitfigur vorgibt alles für sie zu regeln.

Von **Alexander dem Großen** ist eine Aussage überliefert, diese lautet: „Mich stört es nicht, einem Heer von Löwen gegenüber zu stehen, das von einem Schaf angeführt wird.“

Mir graust es aber, wenn meine Soldaten einem Heer von Schafen gegenüber stehen, die von einem Löwen angeführt werden“.

Johann Wolfgang von Goethe äußerte sich zu diesem Thema wie folgt: „Niemand ist hoffnungsloser versklavt, als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein“.

Und **Napoleon Bonaparte** bemerkte vor 200 Jahren schon: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk, als das Deutsche.“

Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie.

Um einer Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde“.

Unwille

Aus der willenlosen Menschenmasse, die es leider in Deutschland immer mehr gibt, spalten sich jetzt jedoch zunehmend unwillige Menschen ab.

Wir erkennen sie z.B. an der jährlich zunehmenden Anzahl von Nichtwählern bei unseren jeweiligen Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen. Verwirrt durch die stets wiederkehrenden Prozeduren von Versprechungen und dem Nichteinhalten selbiger durch die politischen Eliten aus den großen Altparteien, wenden sie sich vom politischen Geschehen ab.

Dennoch gibt es immer noch einen jeweils beeinflussbaren Wählerstamm, der den Versprechungen der großen Parteien bedenkenlosen Glauben schenkt und es gewinnen immer noch die Parteien, an die das verbleibenden Wahlvolk ihre Wählerstimme abgibt, in dem sie eigentlich nur Instinkt getrieben sich weiterhin das „größere Stück Sahnetorten“ erhoffen.

Dagegen bleiben Politiker ungehört, die an den Intellekt der Wähler appellieren und wie z.B. die der UVB, welche bei der letzten Kommunalwahl anregten mehr Transparenz in der Stadtverwaltung durchzusetzen. Nach Möglichkeiten zu suchen, diese Anregung auch umzusetzen und aus den Erkenntnissen ableitend die Stadt finanzkräftiger zu machen.

Jedoch, mochte das Argument für mehr Transparenz noch so edel sein, man muss akzeptieren, eine bestimmte Masse der Menschen folgt keinem logischen Denken und denkt dagegen lieber nach der Devise: **„an etwas falsches zu glauben macht glücklicher, als zu zweifeln“**.

Hingegen die Wahlverweigerer denken viel zu kurz, denn wie wir sehen, führt die Wahlverweigerung dazu, dass wir fast nur noch von Minderheiten regiert werden. Auch im Velberter Stadtrat erkennen wir, dass das große Sagen dort eigentlich nur Minderheiten haben.

Betrachten wir allein das letzte Kommunalwahlergebnis z.B. der örtlichen CDU. Es haben nur etwa 16%, oder anders ausgedrückt nur etwa ein Sechstel, aller Wahlberechtigten in unserer Stadt diese Partei gewählt. Im Umkehrschluss haben also 84% oder ebenfalls anders ausgedrückt fünf Sechstel die CDU nicht gewählt. Aber diese Partei stellt mit 21 von 62 Sitzen ein Drittel der Ratsmitglieder im Velberter Stadtrat.

Da nützt es auch nichts, wenn sich jetzt zwei Velberter Parteien und eine Wählergemeinschaft zu einer Aktionsgemeinschaft zusammen finden. Sie schaffen zusammen zwar im Stadtrat dadurch eine absolute Mehrheit, die aber trotzdem nur eine Minderheit bleibt, bezogen auf die Vertretung aller Velberter Wahlberechtigten. Sie, alle drei, repräsentieren noch nicht einmal wenigstens die Hälfte aller Velberter Bürger und Bürgerinnen.

Die etablierten Altparteien ficht das aber nicht an, so lange sie auf Grund der Wahlgesetzgebung immer noch ihre Macht erhalten können. So dulden sie, ohne Gewissensbisse zu haben, auch die vielen Wahlunwilligen.

Von **Thomas Jefferson**, dem 3. US-Präsidenten ist folgendes Zitat bekannt: „Schlechte Kandidaten werden von Bürgern gewählt, die nicht zur Wahl gehen“.

Fazit

Als Resümee erkennen wir, der freie Wille, als Bestandteil der Freiheit ist ein Grundpfeiler in der Demokratie und wird von vielen Seiten bedroht.

Durch Fremdbestimmung seitens Politik und Wirtschaft wird ständig der Versuch unternommen den freien Willen der Menschen um zu lenken, so dass man oft nicht erkennen kann, entscheidet man noch aus freien Stücken, oder wurde man schon manipuliert

Bereits seit der Kindheit wird Einfluss auf unseren freien Willen genommen. Am liebsten sind für die Machteliten die Menschen, deren Wille sich formen lässt und die keinen Widerwillen erkennen lassen.

Im Gegensatz zum lauthals heraus geschrienem Protest in der Kindheit und dem Erkenntnis, dass der Einzelne gegen die Machtausübenden kaum Chancen hat seinem Willen Gehör zu verschaffen, schließen sich die Menschen immer mehr zu Interessengruppen zusammen. Streiks und öffentliche Demonstrationen sind äußere Anzeichen dafür.

Je mehr Gesetze von unserer Regierung erlassen werden, je mehr bürokratische Verordnungen oder Anordnungen erlassen werden, umso mehr wird die Freiheit der Menschen insgesamt eingeschränkt und der freie Wille beeinträchtigt.

Cicero, der ehemals römische Staatsmann war noch der Meinung: „Wir binden uns ans Gesetz, um frei zu sein“! Nur in den vergangenen 2.000 Jahre hat sich vieles, das damals gut gemeinte, total ins Gegenteil verkehrt, so dass dringend über eine Änderung in der Politik nachgedacht werden muss.

Wir erkennen, dass Unwille oder nicht Willens sein auch freiem Willen entspricht. Man muss nur aufpassen, in der freien Wirtschaft oder zum Beispiel auch beim Militär wird Unwille sehr schnell mit empfindlichen Sanktionen belegt. Wir erkennen, dass Unwille fatale Folgen haben kann. Wir hatten in Deutschland doch schon einmal eine unrühmliche „Gesinnungspolizei“.

Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, die Menschen und deren Wille und Belange müssen Vorrang haben und nicht irgendwelche parteipolitischen oder wirtschaftlichen Ideologien.

Deshalb darf der freie Wille aller Menschen auf keinen Fall zur Fata Morgana werden.

Eugen Roth reimte, vielleicht ganz resigniert:

„Ein Mensch erhofft sich fromm und still,
dass er einst das kriegt, was er will.
Bis er dann doch dem Wahn erliegt
und schließlich das will, was er kriegt.“

Dietger Döhle

Velbert den 02.01.2015

Was ist eigentlich los mit unserem Klima?

Der Bund hat eins, das Land NRW hat eins, jetzt bekommt auch unsere Stadt Velbert eins - ein Klimaschutzkonzept!

Wer sich mit dem Klimaschutz thematisch auseinandersetzt kommt ganz schön ins Grübeln, denn auf einmal wird man zusätzlich zum Klima mit CO₂, einem ganz bösen Treibhausgas, konfrontiert und mit Energie, deren Verbrauch und deren Einsparung in Verbindung mit Klima immer mehr thematisiert wird.

Klimaerwärmung und die Gefahr einer drohenden Klimaveränderung oder der Klimawandel sind dabei Begriffe mit denen uns immer wieder ein apokalyptisches Szenario vorgeführt wird, vor dem wir uns schützen sollen und vor allem wir in Deutschland die Welt schützen müssen. Von Klimaexperten werden Klimakonzepte und eine Klimaanpassung empfohlen.

Regierung und Politik werden nicht müde, allen Menschen ein schlechtes Gewissen einzureden, sofern sie nicht einstimmen in den Chor der Klimaschützer.

Alles geschieht mit einer Penetranz, die eigentlich nur linken und grünen Parteien eigen ist. Da aber auch die konservativen Parteien mitmachen, muss man fragen, was steckt in Wirklichkeit dahinter? Geht es einfach nur um viel Geld, oder ist die Klimahysterie ein Ablenkungsmanöver von ganz anderen noch unvorstellbaren Dingen.

Die Maßnahmen unserer Regierungen

So hat die Bundesregierung in ihrem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ die Einsparung von 78 Millionen Tonnen Treibhausgas, vornehmlich CO₂, in den nächsten Jahren beschlossen. Bis zum Jahr 2020 soll also der Ausstoß dieser Gase um mindesten 40% gegenüber 1990 sinken. Denn das lässt die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks so verlauten.

Über andere Gase, wie zum Beispiel Methangas (CH₄) oder Distickstoffoxid (N₂O) welche hauptsächlich durch die Landwirtschaft erzeugt werden, brauchen wir uns nicht zu sorgen, denn lt. Umweltbundesamt haben sie sich seit 1990 schon etwa halbiert.

30 Millionen Tonnen CO₂ sollen allein durch eine bessere Energieeffizienz bei Gebäuden eingespart werden. Dieses ist im „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ festgeschrieben und bedeutet quasi ein Vermummungs-Gebot für mindestens alle öffentlichen Gebäude mit feuergefährlichen Wärmedämmmaterialien, die bei einer späteren Entsorgung einmal als teurer Sondermüll anfallen. Dazu kommen noch unkalkulierbare bauphysikalische Schäden.

Der stromerzeugende Sektor soll durch vermehrte Nutzung regenerativer Energien (Windenergie und Solarenergie) einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen leisten.

Nur hier bremst jedoch das Wirtschaftsministerium das Umweltministerium aus, dadurch dass kontroverse Diskussionen im Gange sind, bezüglich der Abschaltung weiterer alter Atomkraftwerke und der Installation neuer Kohle- oder Gaskraftwerke. Denn letztere werden dringend gebraucht, um für die Wirtschaft und Industrie gleich bleibende Sicherheit im Stromnetz zu garantieren, wenn der Wind einmal nicht bläst und die Sonne nicht scheint.

Das „EEG“ - Erneuerbare Energien Gesetz ist erlassen worden, welches jedoch unverhältnismäßig hohe Kosten auf die Bürger der ganzen Republik abwälzt, um das Ziel, Energieerzeugung vornehmlich mit Windkraft, voranzutreiben.

Unsere Landesregierung NRW ist auch nicht untätig gewesen und hat zwischenzeitlich ein Gesetz „zur Förderung des Klimaschutzes“ verabschiedet. Davon ausgehend, dass in NRW 30% des in Deutschland erzeugten elektrischen Stromes produziert wird, erhöhen sich aber in NRW die CO₂-Emissionen, weil hauptsächlich Kohle verbrannt wird.

Entsprechend hält sich unsere Landesregierung bei der Verordnung über die Einsparung des CO₂ -Ausstoßes zurück. Das vom Gesetz geforderte Konzept legt deshalb nur Ziele zur Minderung der CO₂ Emissionen, jedoch keine konkreten Maßnahmen fest, wie die Ziele erreicht werden sollen.

So betrachtet haben wir es hierbei eher mit einer angelsächsischen Art der Umweltgesetzgebung zu tun, die zwar Ziele vorgibt, jedoch keine klare Wege zum Ziel, nach dem Motto „Wir wissen zwar nicht wie es geht, aber wir machen alle fröhlich mit“.

Unsere Landesregierung steht zusätzlich in Konflikt mit der Bundesregierung, als dass in den vergangenen Jahren nicht alle Möglichkeiten zur Gestaltung der Energiewende ausgeschöpft worden sind, etwa im Bereich der Windenergie. Mit anderen Worten in den Wäldern und auf dem flachen Land von NRW stehen noch nicht genügend Windräder. Es dürfte also noch einiges auf uns zu kommen. Denn auch die Tierschützer sind auf den Plan gerufen, zumal Windräder vermehrt als Vogelschredder gelten. Tausende von Vögeln, aber auch Fledermäuse, lassen ihr Leben, sobald sie allein schon in die Nähe der Windkraftanlagen geraten.

Soweit Details aus offiziellen Darstellungen unserer Regierungen von Bund und Land. Welche Maßnahmen seitens unserer Kommune ergriffen werden sollen, wird noch am Ende dieses Artikels etwas erörtert.

An sonst sind wir ziemlich allein gelassen mit all den verwirrenden Verordnungen und Erlassen, wieviel Energie eingespart werden soll, um das Klima zu retten.

Andererseits spürt man das Energie immer teurer wird.

Nur als Laie und besorgter Bürger grübelt man darüber nach, was haben wir in Zukunft noch zu erwarten, was hat man mit uns vor und vor allem was kostet es? Wie könnten die zahlreichen diesbezüglichen Begriffsdefinitionen entwirrt werden? Will man seitens der Politik das überhaupt auch? Haben wir es etwa nur mit einer konstruierten Wirklichkeit zu tun? Oder stecken besondere Ideologien hinter dem Begriff „Klimaschutz“?

Was ist eigentlich Klima?

Im Lexikon finden wir über das Wort Klima folgenden Eintrag:

Das Wort Klima kommt aus dem Griechischen und bedeutet ins Deutsche übersetzt „Neigung“. Die Neigung an einer Stelle der Erdoberfläche gegen die Rotation der Erde, die von ihrer geographischen Breite abhängig ist und den Witterungscharakter bestimmt.

Die hier gemeinte Neigung bedeutet Propensität, Inklination oder Wahrscheinlichkeitstendenz. Die Wahrscheinlichkeit, als Maß für die Tendenz ein bestimmtes Ergebnis zu produzieren, oder die Wahrscheinlichkeit als Grad des Überzeugtseins.

Der griechische Naturwissenschaftler Claudius Ptolemäos bewertete vor 1900 Jahren die Dauer und Intensität der Sonneneinstrahlung auf die Erde in einer bestimmten Gegend und teilte die so definierten Gegenden in bis zu 30 Klimate ein.

Heute wird das Wort Klima wissenschaftlich in meteorologischer und physisch-geographischer Beziehung benutzt. Die Witterungsverhältnisse eines Ortes werden geprägt von der Beschaffenheit der Gegend, wie Ebene oder Gebirge, sowie Land oder Meer und stehen in Beziehung zwischen Dauer des Sonnenscheins, mit der dort herrschenden Temperatur, der Feuchtigkeit, der Bewölkung, einschließlich der Art des Niederschlags, sowie dem am häufigsten herrschenden Luftdruck und der überwiegenden Richtung der Winde.

Die Einteilung in Klimazonen besteht weiterhin, wobei die fünf wichtigsten Zonen die tropische Klimazone, die gemäßigten Klimazonen und die arktische, respektive antarktische Klimazone sind. Dazwischen gibt es auf beiden Erdhalbkugeln noch die subtropischen Zonen und die subarktischen Zonen.

Ende der wissenschaftlichen Interpretation.

Laienhaft fragt man sich aber, welches Klima, bezogen auf die über dreißig Klimazonen soll den nun überhaupt geschützt werden? Wann ist Klima bzw. welches Klima ist denn so gut, dass es nicht verändert werden darf? Und wenn, wieviel Veränderung ist vertretbar?

Alles das sind einfache Fragen, die man von unseren super-klugen Klimatheoretikern überhaupt nicht beantwortet bekommt, geschweige von den Verantwortlichen in unseren Bundes- und Landesregierungen.

Dabei ist bekannt, dass Mitte des vorigen Jahrhunderts eine kleine Eiszeit zu Ende gegangen ist und dass sich jetzt die Temperaturen (nicht das Klima) langsam erhöhen müssten, scheint eigentlich logisch zu sein.

Irgendwie hat man sich aber wohl darauf geeinigt (Klimaschützer und Klimaskeptiker), dass sich von 1880 bis 2012 die Durchschnittstemperatur um 0,85 Grad Celsius erhöht hat. Wobei in den letzten 18 Jahren allerdings sich überhaupt keine durchschnittlich übers Jahr verteilten Temperaturveränderungen mehr nachweisen lassen.

Bekannt ist auch, dass sich Temperaturveränderungen in beide Richtungen, nach oben, wie nach unten, seit Bestehen unserer Erde, an allen Orten immer wieder nachweisen lassen. Und da haben wir als Menschen, die heute für imaginären Klimaveränderungen verantwortlich gemacht und zur Kasse gebeten werden, noch gar nicht existiert.

Ist CO₂ ein Treibhausgas?

Betrachten wir dann gleich noch eine Ungereimtheit, die als verantwortlich für die Klimaveränderung ausgemacht worden ist, das sogenannte „Treibhausgas CO₂“. Dieses entsteht in der Hauptsache durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern, wie Kohle, Erdöl und Erdgas und wird hauptsächlich in einem anderen Energieträger, wie elektrischen Strom umgewandelt, bzw. wird direkt gebraucht zum Antrieb von Verbrennungsmotoren oder zur Beheizung mittels zentraler, dezentraler oder sonstiger Öfen von Wohngebäuden oder anderen wirtschaftlich genutzten Immobilien.

Das so erzeugte Kohlendioxid (CO₂) erreicht einen Anteil von 0,038 Prozent in der unseren Erdball umgebenden Luft, dessen Zunahme sich in den letzten 20 Jahren durch weltweit unkontrollierte immer mehr werdende Verbrennung fossiler Energieträger, um 0,002 Prozent erhöht hat.

Unsere Bundesregierung in Verbindung mit den sogenannten Klimaschützern jedoch haben das CO₂ auf den Index gesetzt und bezeichnen es als ein böses, höchst klimaschädliches Treibhausgas, einen Klimakiller, welcher die Erde künftig unverhältnismäßig erwärmen und schädigen würde.

Wer im Biologieunterricht seiner Schule aber aufgepasst hat, dem wird bekannt sein, dass die auf unserer Erde wachsende Pflanzenwelt „ganz heiß“ auf Kohlendioxid ist und die Pflanzen es gierig in sich aufnehmen. Tests haben ergeben, dass ein Mehr an CO₂ die Pflanzen üppig gedeihen lässt, hingegen der Entzug von CO₂ die Pflanzen armselig verkümmern lässt.

Des Weiteren, was hat dann alles eigentlich mit einem Treibhaus zu tun? Bei einem Treibhaus geht man davon aus, dass dieses ein Raum, oder besser noch ein Haus ist, dass nach oben hin mit einer Decke oder einem Dach versehen ist, damit warme Luft, die das Bestreben hat nach oben zu steigen und zu entweichen, daran gehindert wird. Und unser Erdball? Hat da schon jemand ein Dach darüber gesehen? Unsere Erde ist kein Treibhaus, denn sie ist kein geschlossenes System. Weshalb werden wir dann mit dem Begriff Treibhausgas erschreckt?

Damit auf der Erde Leben überhaupt möglich ist, bedarf sie einer steten Beheizung durch unser Zentralgestirn, die Sonne. Ohne Sonneneinstrahlung kühlt die Erde aus. Sir Isaac Newton hat dieses bereits 1666 in seinem Abkühlungsgesetz formuliert, da er auf Grund seiner Berechnungen und Beobachtungen davon ausgeht, dass sich die Erde ständig abkühlt und entsprechend wieder erwärmt werden muss.

Unsere Erde umgibt die Atmosphäre, welche eine Transportfunktion erfüllt, indem kalte und warme Luft durch ständigen Wechsel für eine stetige Durchmischung der in ihr vorkommenden Gase sorgt. Damit zum Beispiel auch überall auf der Erde Sauerstoff zum Atmen vorhanden ist, welcher wiederum von Pflanzen freigesetzt wird. Ebenfalls wird das Kohlendioxid gleichmäßig verteilt, zur Förderung des Wachstums eben dieser grüner Pflanzenwelt.

Welche Rolle spielt dann das so gescholtene Kohlendioxid wirklich? Es tut nichts Böses, mindestens von dem was man ihm als Klimakiller unterstellt. Selbst erzeugt es keine Wärme, es kann auch keine Wärme speichern. Im Grunde genommen ist es ein Abfallprodukt, aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern, also aus einem physikalisch-chemischen Vorgang, welches man nicht sieht oder riecht oder schmeckt. Die Umwandlungen der Energieträger in Wärmeenergie oder Arbeitsenergie ist eher etwas, was mit Wirtschaft und Gewinnmaximierung zu tun hat.

Das Wetter

Die Verfechter einer langzeitlichen vom Menschen verursachten globalen Klimawandel-Katastrophe verwechseln wohl ständig Klima mit Wetter und betreiben hinsichtlich gesammelter statistischer Daten Rosinenpickerei, um eine öffentliche Angst zu erzeugen, über ein zukünftiges meteorologisches Chaos.

Wenn man sich als Laie an den täglich im Fernsehen gezeigten Wetterkarten orientiert und sich an vor etwa 20 - 30 Jahren gezeigte Wetterkarten erinnert, vermag ganz subjektiv betrachtet sicherlich Veränderungen zu erkennen.

Unser Wetter, welches grob ausgedrückt aus Hochdruckgebieten und Tiefdruckgebieten besteht, die sich im Nordatlantik formieren und somit aus

westlichen Richtungen her kommend weiter in östliche Richtungen über Europa hinweg bewegen, haben sich um einiges weiter nach Süden verlagert. Besonders die Tiefdruckgebiete, die linksdrehend sind saugen bzw. schleppen dadurch vermehrt Warmluft von Nordafrika nach Europa. Warmluft, so haben wir uns sagen lassen, füllt sich stärker mit Wasserdampf auf, welcher sodann als Regenwolken gen Europa zieht und sich dort wieder abregnet.

Von einem stabilen Azorenhoch, welches wir gern herbei sehnen, welches hier für längere Schönwetterperiode sorgte, davon merken wir kaum noch etwas. Auch dass es kaum noch Hitzefrei für die Kinder in den Schulen geben muss und besonders wie früher an den Hundstagen, etwa eine Woche lang am Stück. Durch die Verlagerung der Tiefdruckgebiete weiter nach Süden könnten wir Gründe für vermehrte Starkregenfälle finden, jetzt öfter auch südlich der Alpen, aber auch für starke Winde, die durch das Zusammentreffen von Kaltluft mit Warmluft, je extremer umso stärker, entstehen.

Warum aber hat sich die „Wetterküche“, die das europäische Wetter beeinflusst, über dem Nordatlantik verlagert? Man kann auch fragen, hat sie sich überhaupt verlagert oder hat sie sich vielleicht nur weiter ausgedehnt? Könnte es deshalb etwas damit zu tun haben, dass im Nördlichen Eismeer große Mengen an Bodenschätze verborgen sind und auf ihren Abbau warten? Könnte es weiter sein, dass dabei das Eis des Eismeres hinderlich ist und es gut wäre wenn es sich deshalb durch Erwärmung verflüchtigt? Nur diese Wetterveränderungen haben direkt nichts mit der Verbrennung fossiler Energieträger zu tun, die ja für eine Klimaveränderung schuld sein sollen.

Fremdsteuerung

Wer steckt nun wirklich hinter allen mit Klimaschutz bezeichneten Dingen? Wer sich in den Medien etwas umsieht stößt dabei unter anderem auf zwei Institutionen, die eigentlich gar nicht so sehr in der Öffentlichkeit bekannt sind, aber als IPCC und ECF Einfluss auf Politik und Regierungen nehmen.

IPCC bedeutet „Intergovernmental Panel on Climate Change“, ein zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaveränderungen, in Deutschland auch als Weltklimarat bezeichnet.

Dieser wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als zwischenstaatliche Institution ins Leben gerufen, um für politische Entscheidungsträger Richtlinien zur Verfügung zu stellen. Diese Richtlinien sollen unsere regierenden Entscheidungsträger auf Grund internationaler Vereinbarungen bedingungslos anerkennen.

Der Sitz des IPCC-Sekretariats befindet sich in Genf. Die Organisation wurde in 2007, gemeinsam mit dem früheren US-Vizepräsidenten Al Gore, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

ECF bedeutet „European Climate Foundation“ und wurde 2007 im Zuge der Vorbereitung des Kopenhagener Klimagipfels als internationale Stiftung gegründet. Der Hauptsitz ist in Den Haag. Niederlassungen sind in Berlin, Brüssel, London und Warschau. Als globales Netzwerk tritt ECF für einen globalen Klimaschutz ein und konzentriert sich aber hauptsächlich auf die Europäische Union und die die EU-Politik, gezielt aber auch auf Deutschland, Frankreich und Polen.

Die ECF steht in engen partnerschaftlichen Verbindung zu WWF Deutschland, BUND, Attac und „compact“. Zur Finanzierung von Kampagnen dieser nationalen Organisationen kann ECF seinerseits auf zahlreiche internationale Geldgeber zurückgreifen, die als Immobilienfonds und Hedgefonds etc. große Vermögen angehäuft haben.

Beiden Institutionen, IPCC und ECF, ist gemein, dass sie keine eigene Forschung betreiben. IPCC trägt nur Forschungsergebnisse zusammen und gibt sie als verbindliche Richtlinien an die Staatsregierungen weiter.

Dabei spielt es heute keine Rolle mehr, dass kurz vor dem Kopenhagener Klimagipfel ein Netzwerk sogenannter Klimaforscher aufflog, welche unter Regie von IPCC Daten über den angeblichen anthropologischen Klimawandel systematisch gefälscht hatten und dadurch der ganze Klimagipfel damals scheiterte.

ECF und IPCC fallen auf, als dass sie intensiv Einfluss auf die hiesige Energiepolitik zu nehmen versuchen und durch Drosselung und damit Verteuerung von Energie somit immer stärkeren Einfluss auf die Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit unseres Landes und gesamt Europas zu nehmen versuchen.

Zusammen mit der links-grünen Politik, die sich parallel gleicher Einflussnahmen bedient, treten sie dadurch gemeinsam als Wirtschafts- und Innovationsbremse auf, zumal die Wirtschaft für mehr wirtschaftlichen Fortschritt eigentlich mehr Energie und vor allem billigere Energie braucht.

Es stellt sich die Frage, soll durch das Wirken der Institutionen und der Politik wirklich bezweckt werden, dass sich die Wirtschaft und die Menschheit zurück entwickelt?

In dem Zusammenhang stellt sich aber auch sofort die Zusatzfrage, welchem wahren Zweck dient dann die Völkerwanderung, die wir im Moment hier in Europa erleben und von der gleichen links-grünen Politik als dringend benötigt und vehement unterstützt wird? Steht dann der Niedergang von Bildung und Kultur in gleichem Zusammenhang?

In der Politik passiert nichts rein zufällig, so stellen sich weiter Fragen über Fragen, soll etwa durch eine zweifelhafte Klimaschutzkampagne von anderen großen Umwälzungen weltweit abgelenkt, oder diese vorbereitet werden? Die Neue Weltordnung (NWO) lässt grüßen.

Klimaschutz in Velbert

Für Velbert ist zwischenzeitlich ebenfalls ein Klimaschutzkonzept in Vorbereitung. Mittels Ideenfindungen sollen, so die Vorgaben der Verwaltung vom 25. Februar, die örtliche Politik, aber auch die Bürger der Stadt bis zum frühen Herbst vier hauptsächliche Klimaschutzprojekte mit Inhalt füllen.

Wer Einblick in frühere Geschehnisse der ehemaligen DDR hatte, erinnert sich an den damals betriebenen Aktionismus in Form von zahllose Fünf- und Siebenjahresplänen, die immer wieder von neuem aufgestellt wurden und immer nur deren Zwischenergebnisse, selten die Endergebnisse mit großen Brimborium zum Jahrestag der Republik als Erfolg verkündet wurden. Dass die DDR, planwirtschaftlich dirigiert, trotzdem Pleite gegangen ist sei nur nebenbei noch einmal erwähnt.

Eben an die DDR-Zeiten fühlte man sich erinnert, als bei den einzelnen Vorträgen immer wieder Schlagworte benutzt wurden, und Vorgaben gemacht wurden, wie das Klimaschutzkonzept ausgestaltet werden soll. Letztlich sollen ja in den kommenden

Wochen Inhalte für die vier Projekte „Privater Haushalt“, „Industrie u. Gewerbe“, „Mobilität“ und „Klimaanpassung“ erarbeitet werden.

Das man sich dabei aber auch Gedanken über Stadtentwicklung, Ortsbebauung, Bodenversiegelung, Ausgleichsflächen und Kaltluftabfluss (nicht Warmluftabfluss) machen müsste, wurde in den Raum gestellt. Aber auch die Problematik von Hochwassergefahren, Retentionsflächen und Sturmschadenvermeidung wurden angesprochen.

Es gilt den Energiebedarf in Velbert, der zu 25% durch private Haushalte, etwa 30% vom Verkehr und letztlich 45% von der Industrie benötigt wird, zurück zu fahren. Dass ein Solarkataster angelegt werden sollte, sei noch erwähnt.

Auch hier sehen wir, dass sich der Klimaschutz zu dem sich Velbert verpflichten will, überwiegend nur in Form von Energieeinsparung (CO₂-Vermeidung) manifestieren soll. Die dafür aufzuwendenden zusätzlichen Kosten und die im städtischen Haushalt nicht vorhandenen Gelder werden zum Maßstab, ob es gelingt die Menschen am Ort zu halten, die Industrie an einer Abwanderung zu hindern. Warten wir es ab.

Wir dürfen also gespannt sein auf welche Maßnahmen sich Verwaltung und Politik in unserer Stadt einigen, um sogenannte Klimaschutzziele werbewirksam zu dokumentieren und welche Verrenkungen nötig sein werden, um wie einst in der DDR darzustellen, dass diese Ziele auch erreicht werden?

Am Anfang wurde gefragt „was ist eigentlich los mit unserem Klima?“ Eigentlich nichts, es ist so wie es ist. Klima ändert sich nicht. Es ist auch nicht in Gefahr. Der Begriff wird nur gebraucht, um bei allen Menschen Verwirrung zu stiften.

Es verwundert nur, mit welcher Penetranz Dinge behauptet werden und mit Klima in Zusammenhang gebracht werden, die jeglicher Logik entbehren. Unreflektiert wird sodann den Textgebern wieder blind gefolgt, ohne zu erkennen wohin die Reise wirklich gehen soll.

Natürlich ist nichts gegen Einsparung von Energie zu sagen, besonders, wenn dadurch Kosten niedrig gehalten werden. Wenn dafür aber an anderer Stelle die Einsparung wieder teurer erkaufte werden müssen, damit sie wirken, dann kann etwas nicht stimmen.

In dem Artikel wurden von mir viele Fragen gestellt. Es ist nicht so, dass ich sie nicht beantworten mag, viel lieber möchte ich zum eigenen Nachdenken anregen. Die eigene Erkenntnis, wie auch immer sie ausfällt, ist die Beste.

Velbert, 28.02.2015
Dietger Döhle

Ein Paar Gedanken darüber, wie wir von der großen Politik und der Wirtschaft mit einfachen und normal klingenden Worten hinters Licht geführt werden sollen.

Die Sprache bringt es letztlich an den Tag, wir werden immer mehr manipuliert und „hinters Licht geführt“. Da hören oder lesen wir etwas von einem Entsorgungspark, nur der gemeinte Entsorgungspark ist keine Stätte, wo man seine Sorgen in angenehmer Umgebung quitt werden könnte, sondern wo gefährlicher Giftmüll gesammelt und gelagert wird. Oder wir hören von einer Fahrzeitverlängerung bei der Bahn, die eigentlich eine Verspätung ist und Augenmaß hat nichts mit einer Maßeinheit zu tun, sondern es ist ein Synonym dafür, Unvermeidliches so lange wie möglich aufzuschieben. „Wir müssen mit Augenmaß an die Sache herangehen, um...“.

Besonders die Wirtschaft und die Politik, also diejenigen, welche uns am meisten etwas „verkaufen“ wollen, verstecken sich hinter Worthülsen und Unworten. Statt die Dinge beim echten Namen zu nennen, werden die Dinge verschleiert oder beschönigt, was das Zeug hält. Viele Worte die wir als selbstverständlich hinnehmen, werden bei genauerer Betrachtung zu dreisten sprachlichen Lügen. Hier ganz wahllos ein paar Beispiele.

Immer wieder hören wir davon, dass ganz hoch offiziell und besonders bei großen Wirtschaftsunternehmen von einer **Gewinnwarnung** gesprochen wird. Wer sich mit dieser Warnung auseinander zu setzen versucht merkt schnell, dass es dabei um Geld geht. Meistens viel Geld. Da man über Geld aber nicht spricht, man hat es, oder eben auch nicht, ist es schon lange nicht mehr schick klare Aussagen darüber zu machen. Mit einer **Gewinnwarnung** beispielsweise wird somit nicht etwa davor gewarnt, dass gleich ganz viel Gewinn auf die Aktienbesitzer hernieder prasselt. Die Wortschöpfung drückt vielmehr die Warnung aus, dass ein Unternehmen weniger Gewinn erwirtschaftet hat, als ursprünglich erwartet wurde und der Aktionär als Teilhaber am Unternehmen unter Umständen ganz leer ausgehen könnte. Eigentlich hätte es Gewinnerwartungskorrektur heißen müssen, nur das klingt eben nicht so positiv.

Elektronische Gesundheitskarte ist auch so ein neuerer Begriff, der uns erst vor kurzem beschert worden ist. Um den Bürger immer durchsichtiger (gläserner) zu machen hat sich die „große Politik“ vorsorglich schon etwas einfallen lassen, denn statt Gesundheitskarte müsste die kleine Plastikkarte, mit elektronisch zu lesendem digitalem Speicher, eigentlich als „persönliche Krankenakte“ bezeichnet werden, da darauf alle Krankheiten des Kartenbesitzers dokumentiert werden sollen, ebenso die damit verbundene Medikation. Da jeder Bürger einmal stets seine **elektronische Gesundheitskarte** bei sich tragen muss, um Anrecht als Versicherter auf Behandlung durch einen Arzt zu erhalten, steht jetzt auch zu befürchten, dass wenn die Speicherchips einmal mit Daten gefüllt sind (zur Zeit sollen die Chips weitestgehend noch leer sein) nicht nur Ärzte sondern z.B. auch die Polizei und Justiz sich schnellen Zugriff auf die dort gespeicherten Informationen verschaffen können.

Bleiben wir noch etwas bei der Gesundheit. Auch dabei war die „große Politik“ maßgeblich beteiligt und hat uns das Wort **Gesundheitsprämie** beschert. Wer nun meint mit Selbiger eine besondere Leistung zu erhalten, da das Wort aus zwei positiv belegten Begriffen besteht, nämlich Gesundheit und Prämie, letzteres Wort aus dem

lateinischen praemium entlehnt, was so viel wie Vorteil bedeutet, sieht sich zu tiefst enttäuscht, denn es geht gar nicht um ihn, den Bürger und schon gar nicht um seinen gesundheitlichen Vorteil, sondern einzig und allein geht es um die Versicherungen. Per Gesetz dürfen unsere Krankenversicherungen, wenn sie denn in arger finanzieller Klemme sind von ihren Versicherten eine zusätzliche **Gesundheitsprämie** einfordern, die auch noch unabhängig von der Höhe des Einkommens ist.

Dann hätten wir auch noch den Begriff der **Kostendämpfung**. Dieses Wort steht eigentlich für Kürzung oder Streichung. Nur sind diese beiden Bezeichnungen weniger nett und werden in Wirtschaft, aber auch von der Politik gern vermieden. Da hört sich Dämpfung schon viel freundlicher an, als sinnvolle Einrichtung zur Milderung eines Übels. Gleichzeitig nutzt man den Begriff **Kostendämpfung** aber gern gegenüber den Verursachern von Kosten, z.B. Arbeitnehmern in einem Betrieb, oder auch Denjenigen, welche das staatliche Gesundheitswesen in Anspruch nehmen, um ihnen ein schlechtes Gewissen einzureden. Man suggeriert, dass Kosten schlimm sind und stets verringert, eben gedämpft oder abgefedert, werden müssen. Man unterdrückt jedoch die Tatsache, dass den Kosten in der Regel Einnahmen gegenüber stehen und somit Teil wirtschaftlichen Handelns sind. Problematisch wird es wenn im Gesundheitswesen durch **Kostendämpfungs**reglungen, durch die Politik sanktioniert, den Versicherten Leistungen gekürzt werden, womit aus der **Kostendämpfung** in Wirklichkeit eine Leistungsdämpfung wird.

Ein Wort, welches von politischen Parteien, besonders von linken Parteien benutzt wird, ist der Hinweis auf **Geschlossenheit**. Man muss die Reihen oder die Linien der Partei geschlossen halten. Hinterfragt man das Wort ein wenig, so merkt man ganz schnell, dass hier ein Vokabular des Militärs in den Parteiensprachgebrauch eingedrungen ist. So wundert es auch nicht, wenn man gelegentlich von **Parteisoldaten**, oder dem **Generalsekretär** spricht und nicht zuletzt in regelmäßigen Abständen dem **Wahlkampf** und zahlreichen **Wahlkämpfen** begegnet. Damit kann man auch die Meinung des französischen Philosoph Michel Foucault verstehen, der davon sprach: „Politik ist die Fortsetzung des Krieges - jedoch mit anderen Mitteln“. Nur die Parteistrategen merken nicht, dass die geschlossene Kampfordnung spätestens seit der Französischen Revolution als überholt gilt und man heutzutage flexibel und in kleinen Gruppen vorgeht. Deshalb umschreibt heute **Geschlossenheit** wohl eher den versteckten Befehl, die Klappe zu halten, besonders wenn ein Parteimitglied andere Dinge sagt, bzw. wenn die offizielle Linie der Parteimeinung verlassen wird.

Noch etwas Parteipolitisches ist es, wenn von der **Gestaltungsmehrheit** gesprochen wird. Eigentlich meint man doch, dass Mehrheit auch eine Mehrheit ist. Aber bei unseren Spitzenpolitikern muss es wohl eine Übermehrheit sein. Nur es wird im Unklaren gelassen, wie sich die **Gestaltungsmehrheit** von einer parlamentarischen Mehrheit oder gar einer Regierungsmehrheit unterscheidet. Es scheint also dass eine **Gestaltungsmehrheit** die Menge an Stimmen betrifft, die gebraucht werden, damit eine politische Gruppierung Entscheidungen treffen kann, ohne zuvor einen nervenden Partner zu befragen und lästige Debatten führen muss. Mit anderen Worten, wer die **Gestaltungsmehrheit** besitzt braucht sich von niemanden mehr reinreden zu lassen. Was das jedoch dann noch mit Demokratie zu tun hat? Man weiß es nicht so recht.

Ein interessantes Wort ist **Reform**. Gemein hin wird eine **Reform** als Begriff für etwas fortschrittliches oder für eine Umgestaltung oder Neuanfang, also für etwas Besseres verwendet. Mittlerweile werden wir regelrecht überhäuft durch **Reform**-Vorschläge, fertige **Reformen**, oder ganze **Reform**-Pakete. Aber kann uns das alles wirklich recht sein? Das Wort **Reform** ist nur eine sprachliche Kurzfassung von Reformation und hat seinen Ursprung im lateinischen – „formatico = die Gestaltung“. So weit so gut, nur wir haben jeweils noch die Vorsilbe „Re“ davor und damit wird nun alles umgedreht. Denn „re“ steht für wieder, oder zurück, also Wiederherstellung, oder auch Zurückgestaltung.

Unsere große Politik kümmert das aber nicht und lässt uns weiterhin in dem Glauben, dass durch **Reformen** vorwärts eilende Wunder vollbracht werden und wer sich gegen **Reformen** sträubt nicht mit der „fortschrittlichen“ Zeit geht. Letztlich merken wir immer erst hinterher, dass immer öfter dort reformiert wird oder wurde, wo der Staat es sich aus Kostengründen nicht mehr leisten zu können glaubt dem Bürger zu dienen. Denken wir dabei besonders an die Gesundheitsreform, Bildungsreform, Rentenreform und die Reform bei der Arbeitslosigkeit usw. Übrig bleibt stets nur, dass anschließend entweder die Gebühren, Kosten und Beiträge steigen, oder die dafür erhältlichen Leistungen sinken. Dabei lassen sich die großen Parteien immer wieder gerne als **Reform**-Partei feiern.

Ein Reformprodukt ist z.B. wohl auch das **Jobcenter**. Dem englischen entlehnt, soll es als Doppelwort (Job und Center) Fortschritt signalisieren in einem unbeliebten wirtschaftlichen Bereich, der mit Arbeitslosigkeit zusammen hängt. Das alte Arbeitsamt, welches noch durch das Wort „Amt“, hoheitliche Befugnisse signalisierte, ist ganz abgeschafft worden und macht der Möglichkeit Platz, dass das „**Jobcenter**“ und wahrscheinlich auch die „Agentur für Arbeit“ einmal in eine privatrechtliche Institution umgewandelt werden kann (TTIP und TISA lassen schön grüßen). Womit eine Rolle rückwärts, ins 19. Jahrhundert, Abschaffung von allem was sich der Staat nicht mehr leisten will, gewährleistet wäre.

Aber bleiben wir beim Wort „**Jobcenter**“ selbst. Was hat man uns da für ein Wort vorgesetzt? Ins Deutsche übersetzt würde es „Arbeits- oder Beschäftigungszentrum oder gar -mittelpunkt“ heißen. Dabei ist das Wort „Job“ in Deutschland aber ziemlich negativ belegt, als eine Art der Beschäftigung, die man ungern, gar widerwillig macht. Jobs sind zudem auch nichts dauerhaftes, oder beständiges. Wenn man jetzt so etwas ins Zentrum befördert, könnte man ermessen, was die frühere alt- ehrwürdige Arbeit dann noch wert sein soll. Und überhaupt mit der Bezeichnung „**Jobcenter**“ wird doch eine ganz falsche Erwartung geweckt. Wer kann denn dort im Zentrum überhaupt arbeiten? Eigentlich nur die wenigen Leute, die im **Jobcenter** angestellt sind und deren hauptsächliche Aufgabe darin besteht, Arbeitslosigkeit zu verwalten.

Eine Wortneuschöpfung ist in der Politik das Wort „**ergebnisoffen**“. Es soll signalisieren, dass bei einer Debatte eine Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen und noch andere Ergebnisse als die offensichtlich favorisierten Ziele möglich wären, was eigentlich auch selbstverständlich ist. Dabei ist es aber ein untrüglicher Hinweis darauf, dass im Grunde genommen längst alle Entscheidungen gefällt wurden. Der Begriff „**ergebnisoffen**“ soll dem politischen Gegner das Gefühl vermitteln seine Einwände würden erhört, obwohl das gar nicht beabsichtigt ist. Noch eine zweite Verwendung hat das Wort „**ergebnisoffen**“. Wenn nämlich bei einer Verhandlung ein unerwünschtes Ergebnis zu erwarten ist, wobei dieses so lange in die Zukunft verschoben wird, bis sich niemand mehr an die ursprünglichen

Vereinbarungen erinnern kann. Dem Verhandlungspartner wird hierbei vorgegaukelt, dass seine Forderungen erfüllt werden könnten, wenn er nur genug Geduld zeigt. Mit anderen Worten „**ergebnisoffen**“ ist eine Wette auf die Zukunft, in der Hoffnung das sich das Problem von allein erledigt.

Eine ähnliche Blähvokabel, wie ergebnisoffen ist das Wort „**zeitnah**“. Es wird von Leuten benutzt, die sich wichtig vor kommen und mit dem schön eilig klingenden Wort „**zeitnah**“ suggerieren, dass ein betreffendes Ereignis sofort geschehen könnte, vielleicht auch erst in 10 Minuten oder in 10 Tagen. Die eigentliche Bedeutung ist jedoch viel weniger hektisch, denn heißt „**zeitnah**“ doch in Wirklichkeit irgendwann, oder vielleicht auch nie. Damit ist das Wort „**zeitnah**“ eine Antiphrase, denn wir sollen das erhoffte Ergebnis nah an der Zeit erwarten, die aber nicht näher definiert wird. Ehrlicher wäre die Aussage des mit dem Wort **zeitnah** jonglierenden Mitmenschen, wenn er einfach sagte: „Jaja gleich - und jetzt lass mich in Frieden“. Letzteres sollte man auch tunlichst tun, wenn man von seinen Mitmenschen eine solch schwammige Aussage bekommt, denn er wird sich immer um eine konkrete Terminaussage drücken.

Haushaltssanierungsplan ist ein recht aktuelles Wort im Hinblick auf die Einbringung des städtischen Haushaltes in diesem Jahr hier in Velbert. Eigentlich müsste sich der Stadtrat doch nur mit dem Haushaltsplan für die Zukunft der Stadt befassen. Sollen doch darin die Ausgaben im richtigen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Was soll aber nun vorher am Haushalt also noch saniert werden? Sanieren bedeutet normalerweise, wiederherstellen eines geordneten Zustandes, oder auch gesund machen und beseitigen eines Krankheitsherdes, oder wirtschaftliche Probleme überwinden, oder beseitigen von Altlasten. Ein Synonym von Sanierung ist auch Renovierung oder Modernisierung. Alle die genannten Dinge könnten mit einer Sanierung verbessert werden, wäre denn der städtische Haushalt ungeordnet, oder von schwerer Krankheit befallen, gar unrentabel. Aber das kann man unserer Stadtverwaltung tatsächlich nicht vorwerfen, alle Mitarbeiter in der Kämmerei haben stets ihr Bestes gegeben und haben nach gesetzlichen Haushaltsregeln den Haushaltsplan erstellt. Dass zwischen den einzelnen Ratsparteien unterschiedliche Gewichtungen für die Ausgabenseite im Haushaltsplan erwünscht werden ist eine andere Sache.

Weshalb ist also trotzdem ein **Haushaltssanierungsplan** notwendig? Bis vor drei Jahren hieß die ganze Angelegenheit noch „Positionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept“. Geht man also ins Detail da merkt man ganz schnell es geht ums Geld für die Ausgaben, Geld was man an der Stelle nicht hat, wo man es aus gesetzlichen Gründen, im z.B. sozialem Bereich ausgeben wollen muss. Also muss man Ausgaben im Haushaltsplan verschieben oder umschichten oder zusätzliche Gelder anderweitig besorgen. Und wie so oft geht das natürlich zu Lasten der Bürger der Stadt und auch zu Lasten der Mitarbeiter der Verwaltung. Mit einem Konglomerat an Grausamkeiten werden durch den **Haushaltssanierungsplan** zum Beispiel städtische Zuwendungen an Vereine gekürzt, wird an der Gebührenschaube nach oben gedreht, werden Mitarbeiter wenn schon nicht entlassen, so doch für frei gewordene Arbeitsplätze keine neuen Mitarbeiter mehr eingestellt, also wird Personalabbau betrieben, werden kulturelle Einrichtungen abgeschmolzen, die Öffnungszeiten der Servicebüros für die Bürger der Stadtteile auf ein Minimum reduziert usw. usw.

Auch hier sehen wir, dass mit dem Wort **Haushaltssanierungsplan** eine Wortschöpfung geglückt ist, die sich besser anhört als Haushaltskostenumverteilung,

zumal der städtische Haushalt in Velbert doch in keiner Weise saniert wird, denn die Gelder, welche im **Haushaltssanierungsplan** neu generiert oder als Ausgaben gekürzt werden, werden nicht wirklich eingespart, also auf die Seite gelegt für noch schlechteren Zeiten, oder um den Haushalt zu verschlanken, sondern die Ausgaben sollen statt aus „der linken Tasche nun aus der rechten Tasche“ bezahlt werden. Man setzt auch die „Axt“ nicht dort an, wo in den letzten Jahren die höchsten Ausgaben gewachsen, also enorme Lasten entstanden sind, um etwa diesem belastenden Wachstumstrend Einhalt zu gebieten, man verändert statt dessen die Ausgaben lieber dort, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist, nur das ist im wörtlichen Sinn wahrlich keine Sanierung.

Zum Schluss noch einen Begriff, welcher selbst zwar nicht zu hinterfragen ist, aber dessen Bedeutung in Velbert mal so, mal so verwendet wird. Es geht um den Demografischen Wandel. Wir werden als Ursprungsdeutsche in unserem Land zwar immer älter, aber auch immer weniger. Entsprechend, so sollte man meinen, müsste die Erkenntnisse aus dem Demografischen Wandel in allen Planungen der kommunalen Politik und Stadtverwaltung einfließen. Aber wie schon gesagt, man tut es und einmal auch nicht.

Dabei denken wir an den Prozess, als vor wenigen Monaten in Velbert eine neue Schulform eingeführt werden sollte. Als neue weiterführende Sekundarschule wollte man sie installieren, jedoch in deren Folge sollte die bestehende weiterführende Realschule in Tönisheide aufgelöst werden. Nur hier kommt die Doppelzüngigkeit der Mehrheitspolitik zum Vorschein. Denn als die neue Sekundarschule geplant wurde spielte der Demografische Wandel in den Zukunftsüberlegungen der Mehrheitspolitiker keine Rolle. Als sich jedoch herausstellte, dass mangels Interesse der betroffenen Eltern, ihre Kinder in der neuen Schulform nicht an zu melden, sich Forderungen zwangsläufig ergaben die Schließung der alten und bewährten Realschule dann doch wieder rückgängig zu machen, wird das Argument des Demografischen Wandels auf einmal wichtig, um u.a. eine Rücknahme des Schließungsbeschlusses durch den Stadtrat zu verhindern.

Wir merken also, dass man mit Worten uns Menschen zu manipulieren und zu täuschen versucht. Genauso geht es aber auch mit dem Weglassen, Verschweigen von Begriffen. Wer will, kann sich auf die Suche begeben um weitere Wortschöpfungen zu finden, die uns lehren nicht leichtgläubig durchs Leben zu gehen, man wird bestimmt fündig.

Drum nehmen wir doch mit Zuversicht das Zitat von Victor Klemperer auf:
„Was jemand willentlich verbergen will, sei es vor anderen, sei es vor sich selber, auch was er unbewusst in sich trägt: Die Sprache bringt es an den Tag!“

Dietger Döhle
Velbert den 30.04.2015

Etwas über Verantwortung

Verantwortung ist einer der spannendsten Begriffe die in unserer Gesellschaft existieren. Denn Verantwortung steht eng mit den Menschen im Zusammenhang. Nur Menschen können Verantwortung übernehmen, als einzelne Person oder in einer Gruppe. Verantwortung zu tragen, kann etwas erhebendes sein, genauso wie etwas Bedrückendes.

Keine Maschine (Computer), auch kein Staat und keine Partei als Institution übernimmt, wie wir sehen werden Verantwortung, obwohl es von vielen Menschen erwartet wird oder von manchen Parteien so dahin gestellt wird. Jedoch die Menschen warten vergebens darauf, dass sich z.B Jemand aus der Politik verantwortlich fühlt, wenn gesellschaftlich etwas aus dem Ruder läuft, hatte man doch die Verantwortung bei Wahlen an die sich zur Wahl stellenden Parteipolitiker delegiert.

Man kann Verantwortung niemanden aufzwingen (das wäre widersinnig), man kann Verantwortung auch niemandem schenken. Es gehört immer die freie persönliche Bereitschaft dazu Verantwortung zu übernehmen. Wohl aber kann man Verantwortung teilen (z.B. mit der Ehefrau), oder an andere, wie zum Beispiel Anwälte, Agenten Mitarbeiter freiwillig übertragen, damit diese im Sinne des Abgebenden handeln. Man bleibt jedoch in letzter Konsequenz Verantwortlicher.

Wer offenen Auges durchs Leben geht wird merken, dass Verantwortung im privatrechtlichen Bereich ziemlich gut funktioniert, jedoch mit der Verantwortung in der Politik oder durch die Politik sieht es eher düster aus

So betrachten wir als erstes einmal die **Verantwortung im privatrechtlichen Bereich** und beschränken uns dabei hauptsächlich auf den Idealfall.

Private Rechtsgeschäfte, gleich welcher Größenordnung können niemals von der Haftung – also von der Verantwortung - für ihre Folgen entkoppelt werden. Wer einen Vertrag abschließt, gleich welchen Inhalts, trägt für dessen Erfüllung die volle Verantwortung. „Verträge sind einzuhalten“, heißt es schon seit den Zeiten des römischen Rechts.

Man erwartet zum Beispiel, dass Lebensmittel, die man erwirbt, nicht verdorben sind, dass Textilien nicht schadhaft sind oder ein neu angeschafftes Fahrzeug nicht mit Sicherheitsmängeln behaftet ist.

Auftraggeber und Auftragsnehmer kennen gewöhnlich – es erscheint uns auch als ganz selbstverständlich – die Identität des Gegenübers und sie treten gewissermaßen durch einen Vertrag in eine persönliche Beziehung zu einander. Jeder Vertragspartner erwartet, dass er sich auf die Zusagen des Gegenübers im Vertrag, ob mündlich oder schriftlich vereinbart, verlassen kann und jeder seine Leistung oder Gegenleistung voll erbringt.

Ganz nach dem Motto: „wer die Musik bestellt, der bezahlt sie auch“.

Dennoch erleben wir, dass sich manchmal Differenzen ergeben zwischen Vertrag und Vertragserfüllung. Vielleicht will sich ein Vertragspartner ganz einfach aus der Verantwortung stehlen, weil er Leistungen erwarten lässt, die er gar nicht erbringen kann, er also „den Mund zu voll genommen hat“, um seinen Vertragspartner zu imponieren. Möglicherweise erliegt ein Leistungsempfänger auch dem Trugschluss, um eines persönlichen Vorteils willen seine Gegenleistung in Form von finanziellem Ausgleich nicht nachkommen zu wollen.

In diesen Fällen kann selbstverständlich jeder säumige Vertragspartner zur Wiedergutmachung herangezogen werden oder gar bestraft werden. Gerichte, Gutachter oder Schiedspersonen helfen bei entsprechenden Differenzen.

Wie kommt es aber, dass es überhaupt Menschen gibt, die immer wieder versuchen ihren Verpflichtungen, also ihrer Verantwortung nicht nach zu kommen?

Einen Grund können wir in unserer Erziehung im kindlichen Alter finden. Da wäre zum einen, wer hat vielleicht damals, als er noch unmündig war, nicht schon einmal mit einem Ball die Blumenvase vom Sockel gekippt, oder eine Fensterscheibe zerdeppert? Und was ist dann passiert?

Entweder man hat die Verantwortung für das Malheur übernommen, oder man hat gelogen und hat versucht einem anderen die Schuld zuzuweisen. War man jedoch ehrlich, ist man von den Erwachsenen, meistens von den Eltern, bestraft worden, oft durch Liebesentzug, Taschengeldkürzung oder sonstigen Einschränkungen. Wir wurden also für unsere Ehrlichkeit bestraft.

Im Gegenteil der Unehrlische, je raffinierter seine Lüge war, desto wahrscheinlicher war sein Davonkommen vor Sanktionen. Unsere Eltern gaben sich nicht die Mühe, „eigene Verantwortung“ und Ehrlichkeit und Unehrllichkeit voneinander zu trennen. Im Vordergrund stand ausschließlich der wirtschaftliche Schaden, der sanktioniert werden musste.

So lernten wir: „wer alle Verantwortung von sich abweisen konnte, an andere die Schuld für eigene Fehler und Schwächen zuweisen konnte, wer am besten lügen konnte, der ging straffrei aus“.

Des Weiteren, vielleicht nicht so direkt, aber immer wieder wurde uns suggeriert „Verantwortung zu tragen ist eine schwere Last“.

Aber Hallo, wer will denn dann dauernd schwere Lasten schleppen? Der muss doch wirklich von Sinnen sein. Und wenn man auch noch in dieser Denkweise von bestimmten Machteliten, die verborgen aber eigene Interessen damit verbinden, unterstützt wird, dann muss man doch unbedingt jegliche Verantwortung ablehnen.

So kommt noch hinzu, wer dann wirklich, egal aus welchen Beweggründen Verantwortung für etwas übernommen hat und dieses Etwas funktioniert nicht wie erwartet, oder wird möglicherweise von Neidern torpediert, der erfährt letztlich keine Hochachtung oder Wertschätzung dafür das er bereit war Verantwortung zu tragen, sondern wird verhöhnt, ausgelacht oder als Taugenichts abgestempelt.

Man erlebt immer wieder dass statt jemanden zur Freiheit der Selbstverantwortung zu bewegen, ihm eher Steine in den Weg gelegt werden. Bestimmte politische Interessengruppen setzen alle möglichen Hebel in Bewegung, um die Menschen in wirtschaftliche oder politische Abhängigkeit zu drängen, ihnen zu suggerieren doch lieber Verantwortung ab zu geben, aber ohne das die Eliten im Endeffekt selbst bereit sind Verantwortung übernehmen zu wollen.

Je mehr Gesetze von der Politik erlassen werden, umso mehr wird in die persönliche Selbstverantwortung der Menschen eingegriffen. Je mehr wirtschaftliche Monopole entstehen, umso mehr wird in die Freiheit der Menschen eingegriffen, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen und das unabhängig in eigener Verantwortung.

Wer sich der Verantwortung berauben lässt, oder gar ohne zu überlegen eigene Verantwortung aufgibt, muss Obacht geben, dass er dadurch nicht Anderen Macht und Unterdrückung über sich gewährt. Denn im Umkehrschluss verleiht eigene Verantwortung Freiheit. Freiheit um Dinge zu tun unter eigener Verantwortung (sogar

als dummes Beispiel die Vase zu Bruch gehen zu lassen), was letztlich glücklich und zufrieden machen kann.

In selbstverantwortlichem Handeln erleben wir, dass das Wohlbefinden eines Jeden persönlich nicht von anderen Menschen und deren Willkür abhängt.

Eigenes Handeln in eigener Verantwortung ist nicht von der Zustimmung anderer abhängig, man kann selbst Alternativen ersinnen, um nicht Gefahr zu laufen, dass sich eine Sache in einer unerwünschten Weise entwickelt.

Verantwortung auf politischer Ebene

Wie sieht es nun mit der Verantwortung im politischen Bereich aus? Von welchen der politischen Führungsleute, insbesondere die an den Schalthebeln der Macht sitzen, auf Bundesebene, über die Landesebene, bis hin zur kommunalen Ebene kann man erkennen, dass sie bereit sind Verantwortung für die Menschen im Land und in den Gemeinden zu übernehmen? Kann man erkennen dass sie zur Verantwortung gezogen werden könnten, wenn Sie gegen die Interessen des Volkes, der Bürger, Entscheidungen getroffen haben?

Eigentlich von keinem kann man es erkennen. Es ist auch nicht vorgesehen.

Wenn z.B. die Mitglieder der Regierung Entscheidungen treffen, welcher Art auch immer, so erwarten wir als Bürger, dass unsere Regierungen als „Diener oder Anwalt des Volkes“ im Rahmen der ihnen übertragenen Vollmacht handeln. Diese Vollmacht wird abgeleitet von dem Umstand, dass sie, die Regierungsvertreter, durch eine demokratische Wahl vom Souverän, den Wählern, also dem Volk diese übertragen bekommen haben.

Das klappt aber in und mit der Politik so nicht, Denn für diese Verantwortungsübertragung hat sich die Politik selbst eigene Regeln aufgestellt. Dazu schauen wir ins Bundeswahlgesetz, dort heißt es in § 1 unter anderem: „Sie – die Abgeordneten des Deutschen Bundestages – werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den Wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt“.

Im §33 – Wahrung des Wahlheimnisses – heißt es im Absatz 1: „ Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen und falten kann. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden, die die Wahrung des Wahlheimnisses sicherstellen“.

Im Landeswahlgesetz wird alles noch ein wenig differenzierter beschrieben, denn dort heißt es unter §26 Absatz 1 oder Absatz 2: „ Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll“.

Gleich auch noch § 30 Absatz 4 hinzu: „Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält““

Was besagt uns also unsere Wahlgesetzgebung?

Als Wähler, als Souverän, der letztlich für alles was eine neu zu wählende Regierung einmal macht die Verantwortung tragen sollte, gibt man seine Stimme, auf die simpelsten Art und Weise, die ein unbelesener Mitmensch noch eben selbständig fertig zu bringen in der Lage sein dürfte, mit einem einfachen Kreuz auf dem Stimmzettel, seine Verantwortung an den ihm genehmen Wahlbewerber ganz geheim ab und steckt den gefalteten Stimmzettel unter Beachtung der Geheimhaltung in eine Urne.

So weit, so gut. Nur in dem Moment, wenn der Stimmzettel die Hand des Wählers verlässt und in die Wahlurne fällt, ab diesem Zeitpunkt weiß niemand mehr, wer welchem Wahlkandidaten seine Verantwortung übertragen hat. Damit kann der Wähler als ehemaliger Verantwortungsträger, als Stimmenabgeber, nicht mehr identifiziert werden. Und wer nicht identifizierbar ist, ist nicht vorhanden.

Was so aussieht, als dass es zum Schutze des Wählers eingerichtet ist, die geheime Wahl, entpuppt sich eigentlich als Schutz für den Wahlkandidaten. Denn der Wähler hat, wenn auch nur mit einem Kreuz, ein Dokument unterzeichnet, was dem Gewählten dem Wähler gegenüber aber zu nichts verpflichtet, da der Gewählte ja nicht wie im privaten Recht persönlich gegen gezeichnet hat.

Mit anderen Worten, der Gewählte kann nach freiem Gewissen und eigenem Gutdünken eine neue Regierung unterstützen, die wiederum tun und unterlassen kann, was sie will, auch zum Nachteil des Wahlvolkes. Selbst vorher abgegebene Wahlversprechen der die Regierung tragenden Partei kann sie brechen. – Es gibt somit keinen verantwortlichen Bürger, der nach unserem Demokratieverständnis als Souverän im Staat, veranlassen könnte, dass irgendjemand aus der Regierung bei entsprechendem Anlass, nach geltendem Recht zur Verantwortung, oder zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Auch unsere Grundgesetz Artikel 20 gibt das so nicht her.

Angenommen es gäbe jetzt doch noch Wähler, die partout Verantwortung behalten wollten und analog dem privatem Recht auch ihre Unterschrift mit auf den Stimmzettel (Urkunde) setzen würden und dadurch identifizierbar wären, was würde mit den Stimmzetteln spätestens bei der Auszählung passieren? - Denken Sie dabei an §30 Absatz 4 des Landeswahlgesetzes!

Zum Wahlgesetz noch ein kluges Wort: „wenn Wahlen etwas bewegen oder verändern würden, wären sie längst verboten“.

Verantwortung und die Parteien

Wie sieht es nun aber mit den Parteien aus, die sich ja bei Wahlen ganz vehement um die Stimmen der Wähler bewerben, um im Wettbewerb mit anderen Parteien, an die Macht zu kommen? Sind Parteien bereit, Verantwortung zu übernehmen?

Bei Wikipedia heißt es: „eine politische Partei ist ein auf unterschiedliche Weise organisierter Zusammenschluss von Menschen, die innerhalb eines umfassenden politischen Verbandes danach streben, politische Macht zu erringen“.

Traditionell sind Parteien in der Rechtsform des nicht rechts fähigen Vereins (§54 BGB) organisiert. Es gibt Ausnahmen, so dass auch Parteien, wie z.B. die FDP oder die CSU als eingetragener Verein organisiert sind (§21 BGB).

Der Unterschied beider Rechtsformen besteht darin, dass ein nicht rechts fähiger Verein nicht im Vereinsregister eingetragen ist und somit keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt. Zusätzlich unterliegt die Vereinsatzung nicht den strikten Regeln und der Aufsicht im Vereinsrecht, wie beim eingetragenen Verein. Das hatte früher als Konsequenz, dass ein nicht rechts fähiger Verein auch nicht verklagt werden konnte. Diese Rechtspraxis ist zwischenzeitlich jedoch verändert worden, ein auch nicht rechts fähiger Verein kann verklagt werden, also zur Verantwortung gezogen werden, dafür jedoch ist inzwischen die Haftung der Mitglieder für Verbindlichkeiten des Vereins aufgehoben worden, so dass kein Mitglied mit seinem Privatvermögen haften muss.

In verschiedenen Gesetzen die auf Parteien Bezug nehmen, nehmen diese eine Sonderstellung ein. So lesen wir im § 54 BGB: „ Auf Vereine, die nicht rechts fähig sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung. Aus einem

Rechtsgeschäft, das im Namen eines solchen Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde persönlich; handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner“.

Im Parteiengesetz unter §37, Nichtanwendbarkeit einer Vorschrift, lesen wir dazu: “§54 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch wird bei Parteien nicht angewandt.“

Im Strafgesetzbuch findet man den § 129, Bildung von kriminellen Vereinigungen. Dort steht unter Absatz 1 folgendes: „Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie um Mitglieder oder Unterstützer wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“.

Dazu heißt es gleich im zweiten Absatz wie folgt: „Absatz 1 ist nicht anzuwenden, 1. wenn die Vereinigung eine politische Partei ist, die das Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt hat“.

Wie man aus den schon wenigen Beispielen ersehen kann fällt es schwer, irgend Jemand aus einer Partei und besonders Jene, die im Staat, im Land oder in der Kommune die Macht aus üben, zur Verantwortung zu ziehen, eben wenn sie zum Nachteil der Staatsbürgers handeln.

Dabei kennt man innerhalb der Parteien aber wohl den Begriff der Verantwortung und zwar in der „Sicherstellung, dass ein Entscheidungsträger die Konsequenzen für schlechte Politik trägt“. Was auch immer mit schlechter Politik gemeint ist, sie bezieht sich nicht auf die Auswirkungen von schlechter Politik zum Nachteil des Bürgers, sondern gegenüber der innerparteilichen Ordnung. Man kann es beobachten in Form der Unterwerfung des Parteimitglieds/Postenträgers unter den „Fraktionszwang“ oder wenn das Amt des/der Vorsitzenden in Gefahr ist be- oder geschädigt zu werden, dann ist man schnell bei der Hand Postenträger auszuwechseln.

Das geht sogar, wie wir vor wenigen Jahren gesehen haben, bis hin zu unserem Bundespräsidenten, der eigentlich überparteilich sein sollte, der z.B. sofern er zu viel eigene Verantwortung gegenüber neuen Gesetzen erkennen lässt und diese zögert zu unterzeichnen, ganz schnell sein hohes Amt verliert.

Das Schlimmste, was einem Parteimitglied passieren kann, ist das Wohlwollen seines/seiner Vorsitzenden nicht mehr zu genießen und seiner Posten enthoben zu werden. Für viele, die ihr Leben lang nichts anderes als Politik gelernt haben würde das den Zusammenbruch ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage bedeuten. Und davor haben besonders Parlamentsabgeordnete einer Partei größte Angst.

Parteien sind so ausgelegt, dass sie überhaupt keine Verantwortung für andere übernehmen, obwohl sie den Menschen im Staat ganz heimlich, stets in kleinen Portionen, immer mehr Verantwortung rauben, um die so erleichterten Menschen immer fester zu bevormunden. Parteien sind allein auf Machterringung oder Machterhalt ausgelegt.

Schlussbetrachtung

Zum Schluss der Überlegungen zum Thema Verantwortung sollte man noch einmal das Problem mit den Nichtwählern betrachten. Also jenen Staatsbürgern, die ihre Stimme, ihre Verantwortung nicht an Abgeordnete, Kandidaten der Parteien, abgegeben haben.

Könnten die nicht einspringen, um die Machtausübenden, sofern sie zum Nachteil der freien Bürger Mist gebaut haben zur Rechenschaft zu ziehen?

Nein, das geht wohl auch nicht, denn in dem Falle steht unsere Gesellschaftsordnung, die Demokratie, in der wir leben und zu der wir uns bekennen im Wege.

Das System der Demokratie, bei uns in der BRD die repräsentative parlamentarische Demokratie, besagt, etwas ins unreine gesprochen, dass nur die die Macht ausüben können, die durch eine freie Wahl gewählt wurden. Und auch nur die Parteien, die eine Mehrheit der Wählerstimmen errungen haben. Im besten Falle darf jene Partei diktieren, die die absolute Mehrheit erreicht hat mit mehr als 50,1 Prozent.

Inzwischen stellen wir aber fest, dass wir vorwiegend von Minderheiten beherrscht werden, die nur eine einfache Mehrheit errungen haben. Das könnten theoretisch Parteien sein, die bestenfalls noch 30 Prozent, möglicherweise sogar nur 10 Prozent oder gar noch weniger der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Je mehr Parteien sich zur Wahl stellen, desto wahrscheinlicher könnte so ein Szenario werden. Die Möglichkeit Koalitionen zu bilden schaffen erst wieder absolute Mehrheiten für eine Regierungsbildung.

Hingegen die immer mehr werdenden Nichtwähler bleiben in der Demokratie außen vor, können per Gesetz mit ihrer zurück behaltenen Verantwortung nichts anfangen und haben auch nichts zu sagen.

Den Macht ausübenden Altparteien ist das auch völlig egal. Für diese zählt nicht in erster Linie die tatsächliche Anzahl der erhaltenen Stimmen, sondern nur, dass sie mindestens eine Stimme mehr als der Zweitplatzierte, oder Nächstplatzierte erhalten haben.

Am Anfang dieses Artikels haben wir davon gesprochen, dass Verantwortung nur im Zusammenhang mit dem Menschen gesehen werden kann. Das ist eigentlich auch gut so, denn es hat in zweitausend Jahren gut funktioniert.

Wir müssen jetzt jedoch Obacht geben, damit wir nicht ganz umerzogen werden, denn beachten Sie einmal wie sich unsere Behörden immer mehr aus der Verantwortung stehlen. Schauen Sie sich einmal amtliche Schriftstücke an, wer zeichnet diese noch als Verantwortlicher ab?

Immer öfter lesen wir auf Bescheiden, oder Bescheinigungen, „dieser Bescheid wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig“. Oder man kann zu weilen sogar lesen „dieser Beleg wurde maschinell beglaubigt“.

Man muss es sich richtig vorstellen, eine Maschine wird als Vorwand benutzt, um aus Amtsstuben heraus keine persönliche Verantwortung zu übernehmen. Man müsste annehmen, wir haben sogar schon Maschinen die glauben können.

Widerspricht man dem Bescheid einer Behörde, sofern das überhaupt noch zulässig ist, und setzt als Zivilperson nicht seine Unterschrift unter das betreffende Schreiben, was passiert wohl damit beim Empfänger? Oder man versuche einmal seine jährliche Steuererklärung ohne Unterschrift beim Finanzamt abzugeben.

Da kommt man doch ganz schön ins Grübeln, wer denn nun in unserer Gesellschaft Herr oder Knecht ist? - Mensch oder Maschine?

Velbert den 3.06.2015

Dietger Döhle

Vom Werteverfall in unserer Gesellschaft

Besser hätte man es gar nicht darstellen können, wie wenig heutzutage etwas noch einen Wert hat. Da wird am 13. Juni 2015 in Langenberg der Sportplatz im Nizzatal nach einer umfangreichen Sanierung und Neugestaltung, die immerhin 1,5 Millionen Euro gekostet hat, durch den Bürgermeister der Stadt Velbert offiziell eröffnet. Der Platz wird vielen Langenberger Sportlern zur Verfügung gestellt und kaum jemand interessiert es großartig, außer der Velberter Politikprominenz, die sich äußerst fotogen auf dem noch frischen Grün des neuen Kunstrasenplatzes positioniert hatte. Von den Sportvereinen und ihren vielen Mannschaften fehlte aber jegliche Art geschlossener Darstellung.

Keine Girlanden am Eingangstor des Stadions, keine Fahnen entlang des Zauns zur Donnerstraße, die auf das eigentlich großartige Ereignis aufmerksam hätte machen können. Noch nicht einmal ein Podium, worauf der Bürgermeister unserer Stadt seine Eröffnungsrede hätte halten können, um wenigsten Diejenigen zu erwähnen und ihnen zu danken – die Steuerzahler – die für die immensen Kosten der Neugestaltung aufgekommen sind. Auch keine Referenz der einzelnen Sportvereine und Schulen, die ab jetzt offiziell eine wunderbare Anlage zur Verfügung haben, um dort Sport zu treiben. Nichts.

Fünfzehn Minuten, nachdem man dem Bürgermeister ein Mikrofon in die Hand gedrückt hatte und er ein paar Worte hinein gesagt hatte, war einschließlich der Ehrung des Jugendsportwartes von Blau Weiß Langenberg, mit einer silbernen Ehrenplakette, alles zu Ende.

Die Kritik an derartiger Nichtbeachtung von Werten bei den Betroffenen geht einher mit dem Gedenken an die Vernichtung von Volksvermögen damals vor ca. dreieinhalb Jahren, keine 200 Meter vom neu gestalteten Stadion entfernt, im Nizzabad.

Beide Vorgänge, obwohl nicht zusammenhängend, zeigen ein sehr bedauernswertes Bild unserer heutigen Gesellschaft.

Velbert, den 14.06.2015

Dietger Döhle

An alle Besserwissende, Andersdenkende und Nichtverstehere

Hier handelt es sich ausschließlich um meine persönliche Meinung!

Ich halte das dritte Hilfspaket für Griechenland für einen Fehler. Es führt nicht nur zu einer noch größeren finanziellen Belastung der Steuerzahler in Deutschland. Es wird vor allem den Griechen nur bedingt weiterhelfen. Auf Kosten der europäischen Steuerzahler wird der griechischen Regierung zum wiederholten Mal Zeit erkaufte.

Dem maroden Zustand der griechischen Wirtschaft und den Nöten der Bevölkerung ist damit aber nicht gedient oder geholfen. Für alle Beteiligten wäre es besser gewesen, einen Grexit, der mit humanitären Hilfen der EU-Partner verbunden ist, zu ermöglichen. Auch eine internationale Schuldenkonferenz, die neben dem Umgang mit dem griechischen Schuldenberg die Frage eines geordneten Insolvenzverfahrens für Pleite Staaten beantwortet, ist notwendig. Die deutschen Steuerzahler sprich wir und unsere Kinder werden für die Unterstützung Griechenlands zahlen.

Ziel muss es aber sein, dass diese Unterstützung der griechischen Bevölkerung zugutekommt und Griechenland über einen Anpassungsprozess außerhalb der Euro-Zone eine Perspektive erhält. Dazu müssen auf europäischer Ebene die EU-Verträge jetzt der Realität angepasst und so modifiziert werden, dass eine Euro-Exit-Option rechtlich geregelt wird.

Und selbstverständlich besteht für die Bundesregierung nicht nur akuter Handlungsbedarf auf dem europäischen Parkett. Sie darf auch die nationalen Belange nicht aus den Augen verlieren. Von jedem verdienten Euro bleiben deutschen Bürgern und Unternehmen 2015 nur 47,6 Cent. Zu wenig, darin sind wir uns einig.

(Zahlen: Quelle Bund der Steuerzahler).

Dirk aus dem Siepen

Velbert, 29.07.2015